



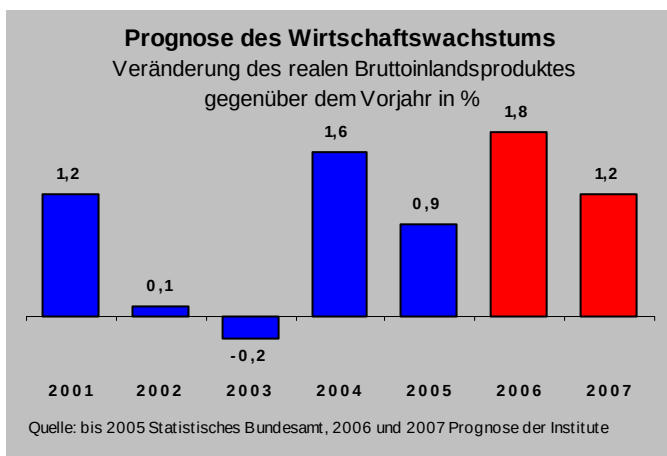
Frühjahrgutachten: Aufschwung in der Mehrwertsteuerfalle

Die sechs großen Forschungsinstitute haben ihr gemeinsames Frühjahrgutachten vorgestellt. In der Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung deckt sich ihre Prognose mit den Erwartungen der IG Metall. In diesem Jahr wird die wirtschaftliche Entwicklung spürbar an Dynamik gewinnen. Sogar der Arbeitsmarkt wird davon profitieren. Doch im nächsten Jahr wird die harte Sanierungspolitik der Bundesregierung und die Mehrwertsteuererhöhung diesen Aufschwung wieder abwürgen. In den Politikempfehlungen bleiben die Institute bei ihrer bekannten Agenda: statt öffentlicher Investitionen, die den Aufschwung stützten, fordern sie Lohnkürzungen, Deregulierung, Steuersenkungen für Unternehmen und Sozialabbau.

Der Aufschwung in diesem Jahr ...

Die Weltwirtschaft trotz weiterhin allen Unbilden wie den hohen Ölpreisen und den weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten und befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Nach der Einschätzung der Institute soll sich das Wachstum in diesem Jahr sogar noch beschleunigen, weil die EU und Japan kräftig expandieren. Vor diesem Hintergrund erreichen auch die deutschen Exporte neue Rekordwerte.

Der weltwirtschaftliche Schub trägt wesentlich zum kräftigen Wachstum in diesem Jahr in Deutschland bei. Die sechs großen Institute erwarten ein Plus von 1,8 Prozent. Sei reißen sich damit ein in den Kreis derjenigen, die einen beginnenden Wirtschaftsaufschwung erwarten. Das IMK prognostiziert 1,7 Prozent, das Institut für Weltwirtschaft erwartet sogar eine Steigerung um 2,1 Prozent. Das passt zu vielen Frühindikatoren, wie dem Ifo-Geschäftsklimaindex, der sogar die besten Werte seit 15 Jahren ausweist.



Aus der Binnenwirtschaft kamen schon im vergangenen Jahr keine Impulse. „Zwar erhöhten sich die Gewinneinkommen weiterhin deutlich, die Beschäftigung ging aber zurück, die Löhne stagnierten, und die Kauf-

kraft verringerte sich infolge der höheren Energiepreise beträchtlich.“ (Frühjahrgutachten, S. 34) Daran soll sich, trotz des vergleichsweise kräftigeren Wachstums, auch im nächsten Jahr nicht viel ändern.

Allerdings sollen die Energiepreise nicht weiter steigen. Es wird sogar ein leichter Rückgang der Inflationsrate auf 1,8 Prozent erwartet. Außerdem soll sich das Wachstum auch in einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquote von 11,2 auf 10,6 Prozent niederschlagen. Angesichts der erwarteten Steigerung der Wirtschaftsleistung ist das plausibel. So prognostiziert auch das IMK einen Rückgang der Quote auf 10,7 Prozent.

... findet 2007 ein jähes Ende

Wieder einmal droht ein Aufschwung schon im Ansatz stecken zu bleiben. Die harte Sanierungspolitik der öffentlichen Haushalte - mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte und Sparprogrammen bei den Ausgaben - führt zu stark dämpfenden Effekten.

Dies sehen auch die Institute so. Für 2007 erwarten sie nur noch ein Wachstum von 1,2 Prozent. Das fiskalische Gesamtpaket soll:

- das Wachstum um 0,5 Prozentpunkte reduzieren,
- die Inflationsrate um einen Prozentpunkt ansteigen lassen.

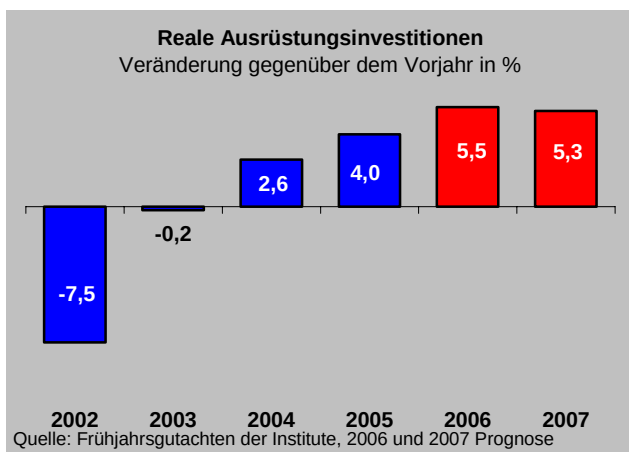
Dabei ist die Prognose der Institute noch optimistisch. Die Risiken des eingeschlagenen Kurses sind enorm. Eine Abschwächung der Weltkonjunktur, ein weiterer Ölpreisschub oder eine restriktivere Geldpolitik können die Effekte noch einmal erheblich verschärfen. Bei einem solchen Szenario ist auch der Weg in eine Rezession nicht ausgeschlossen.

Der Preis für die Sanierung der öffentlichen Haushalte ist hoch, und er ist unnötig. Durch die bessere Konjunktur fließen auch die Steuereinnahmen wieder reichlicher. Die Institute erwarten ein Einhalten der Defizitgrenze schon in diesem Jahr, vor den harten Sanierungsschritten. Die langfristigen Erfolge der gewählten Strategie sind zudem zweifelhaft. Die abgewürgte Konjunktur führt zwangsläufig wieder zu Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Die Verschuldung droht erneut zu steigen.

Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
	2005	2006	2007
Konsumausgaben	0,0	0,4	0,1
Private Haushalte	0,0	0,4	-0,1
Staat	0,1	0,4	0,6
Anlageinvestitionen	-0,2	3,1	3,0
Ausrüstungen	4,0	5,5	5,3
Bauten	-3,4	1,2	0,9
Exporte	6,3	8,2	6,6
Importe	5,3	7,4	6,2

Quelle: 2005 Statistisches Bundesamt, 2006 und 2007 Prognose der Institute

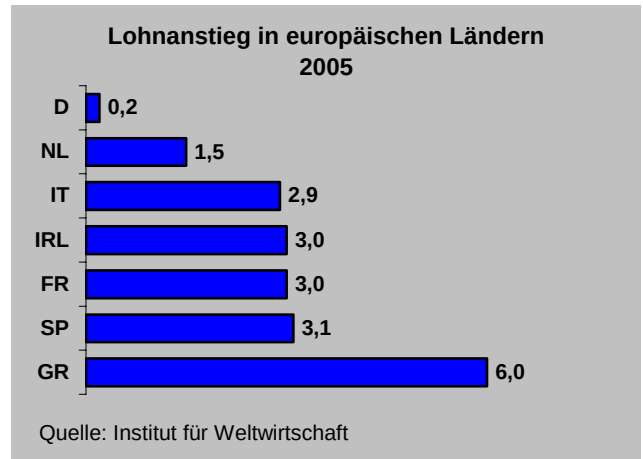
Eine Stütze der Binnennachfrage sind derzeit die Ausrüstungsinvestitionen. Der starke Einbruch in den letzten Jahren lässt den Ersatzbedarf zunehmen und sorgt, von niedrigem Niveau ausgehend, für hohe Zuwachsraten. **Absolut werden die Ausrüstungsinvestitionen (nominal) in diesem Jahr noch unter dem Wert des Jahres 2000 liegen.** Ein kräftiger Investitionsschub durch die verbesserten Abschreibungsregelungen (erhöhter Abschreibungssatz seit Anfang 2006) ist in den Prognosen der Institute nicht auszumachen.



Tarifabschluss stützt die Binnennachfrage

An der Schieflage bei der Verteilung wird der kurze Aufschwung nichts ändern. Die Institute erwarten in diesem Jahr eine Zunahme der Arbeitsentgelte um 0,9

Prozent. **Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden dagegen um 7,2 Prozent ansteigen.** Diese Entwicklung wird auch nicht kritisiert. Im Gegenteil: im Dienste der Wettbewerbsfähigkeit sollen sich die Arbeitnehmer weiterhin in Bescheidenheit üben. Dabei zeigen nicht nur die Exporterfolge der deutschen Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit, auch die Lohnentwicklung in anderen europäischen Ländern weist eher auf einen Nachholbedarf für Deutschland.



Der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie ist dagegen ein wichtiger Schritt zur Stützung der Binnennachfrage. Beschäftigung kostet das nicht, es schafft Arbeitsplätze.

Behauptungen finden auch 2006 keine Bestätigung

In ihren Politikempfehlungen wandeln die Institute leider auf ihren altbekannten Pfaden. Dabei hätte es den aktuellen Aufschwung gar nicht geben dürfen. Noch in ihrem Gutachten aus dem Herbst 2005 wurde für dieses Jahr ein Wachstum von bescheidenen 1,2 Prozent erwartet. Mehr wirtschaftliche Dynamik wäre nur mit „durchgreifenden Reformen“ zu erzielen. Die sind im letzten halben Jahr glücklicherweise ausgeblieben und - die Wirtschaft wächst.

Das hält die Institute trotzdem nicht davon ab, ihre ganzen alten ideologischen Ladenhüter wieder zu präsentieren:

- Lohnsteigerungen unterhalb von Produktivitätsfortschritt und Inflationsrate
- Noch härtere Sparpolitik des Staates
- Weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes
- Weiteren Sozialabbau
- Eine Verschärfung der Geldpolitik

Neu ist nur der Vorschlag, einen Teil der Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung einer Senkung der Unternehmenssteuern zu verwenden. Die notwendige Belebung der Binnennachfrage wird auch mit diesem Vorschlag definitiv nicht zu erreichen sein.